

Medienmitteilung

Abstimmungsparolen für den 28. September 2014:

JA zu „PKG Variante 1 mit Einwohnergemeinden“

JA zu „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes“

NEIN zur Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse

Der Vorstand der BDP Kanton Solothurn empfiehlt dringend, die PKG Variante 1 mit Einwohnergemeinden bei der Variantenabstimmung anzunehmen. Dieses Modell ist aus Sicht der BDP das fairste. Da auch die Gemeinden Personal beschäftigen, welches über die kantonale Pensionskasse versichert ist, können nur mit der Variante 1 gerechterweise alle Betroffenen im Boot Platz finden. Zudem kann so eine Steuererhöhung Kantonal und wohl auch in den meisten Gemeinden umgangen werden da die Last besser verteilt wird. Ausserdem schätzt die BDP, dass gemäss ihrem Votum, die Versicherten einen grösseren Anteil an der aus Finanzierung tragen werden und somit für Staat und Gemeinden einen tieferen Anteil als Ursprünglich anfallen.

In Bezug auf die bevorstehenden eidgenössischen Abstimmungen unterstützt die Mehrheit des BDP-Vorstandes die Angleichung des Mehrwertsteuersatzes im Gastgewerbe an diejenigen der Take-away-Verkaufsstellen. Jedoch sollen gemäss BDP-Kantonsrat Martin Flury die dadurch zu erwartenden Steuerausfälle kompensiert werden. Eine Variante für eine möglichst kostenneutrale Angleichung sieht er notfalls mit der Anhebung des tieferen Mehrwertsteuersatzes für Take-Away-Verkaufsstellen. Das heisst, es müsste ein neuer generell für die Gastrobranche inklusive Take-aways gültiger Gastro-Mehrwertsteuersatz definiert werden. Diese Option wurde bereits im Bundesparlament als möglicher Gegenvorschlag besprochen. Er fand aber keine Mehrheit.

Klare Ablehnung der Einheitskrankenkasse

Einstimmig wird die Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse abgelehnt. Die BDP Kanton Solothurn erkennt durchaus Schwächen und Optimierungspotenziale im heutigen System, aber eine staatliche Krankenkasse wäre eine schlechte Alternative. Der Markt müsse weiterhin spielen. Die BDP ist überzeugt, dass die Konkurrenzsituation unter den Krankenkassen der bessere Weg ist, um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Die Wahlfreiheit und die Qualität im Gesundheitssystem müsse weiterhin gewährleistet bleiben.

Auskunft:

Martin Flury, Kantonsrat BDP Solothurn 079 720 89 51

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78

12.08.2014